

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Barbara Mieth

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 25. Oktober bis zum 31. Oktober 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Kommission nimmt strategische Prioritäten für 2011 an

Prioritäten im Arbeitsprogramm der Kommission für 2011 sind: (i) Festigung der sozialen Marktwirtschaft (u.a. Rechtsrahmen für den Umgang mit Bankenkrisen, Stärkung des Verbraucherschutzes im Bereich Finanzdienstleistungen und eine Verordnung über Ratingagenturen), (ii) Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen (u.a. Legislativvorschläge über die Entsendung von Arbeitnehmern und über die Arbeitszeit sowie eine Verbesserung des Rahmens für die Steuervorschriften für Unternehmen und des MwSt-Rahmens), (iii) bürgernahe Agenda (u.a. Stärkung von Verbraucherrechten und Referenzrahmen für Vertragsrecht), (iv) Stärkere internationale Präsenz Europas und (v) Mehrjährigen Finanzrahmen mit Schwerpunkt auf intelligenter Rechtsetzung und Verlängerung der Anhörungsfrist auf zwölf Wochen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1399&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

2. Neubelebung des Binnenmarkts

Die Kommission präsentierte am 27.10. in einer Binnenmarktakte 50 Maßnahmen, zu denen bis 28.02.11. alle interessierten Kreise Stellung nehmen können. Sie erwartet, dass sich danach alle europäischen Organe zu deren Umsetzung bis 2012 verpflichten. Wichtigste Prioritäten sind: Erleichterungen für KMU bei Kapitalbeschaffung, Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Rechnungslegung; Entwicklung innovativer Unternehmensprojekte im sozialen Bereich; Förderung des Online-Handels und bessere Anerkennung von Berufsabschlüssen. Nach Schätzungen der Kommission wäre durch die in dieser Mitteilung vorgeschlagenen Maßnahmen ein Potenzialwachstum in einer Größenordnung von 4 % des BIP in den kommenden zehn Jahren möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1390&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/smact/docs/single-market-act_de.pdf (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/internal_market/smact

3. Mehr Rechte für Unionsbürger

In ihrem ersten Bericht über die Unionsbürgerschaft schlägt die Kommission 25 Maßnahmen vor, die sie in den nächsten drei Jahren ergreifen will, um den europäischen Bürgern das Leben zu erleichtern wenn sie ihre EU-Rechte ausüben. Hierzu gehören mehr Schutz für Reisende, Ausbau des konsularischen Schutzes durch andere Mitgliedstaaten, alternative Streitschlichtungsverfahren und Mediation, Klärung des anwendbaren Rechts für internationale Paare, grenzüberschreitender elektronischer Informationsaustausch in der Sozialversicherung

und leichtere Zulassung des in einem anderen EU-Land gekauften Autos. Außerdem wird bis 05.01.11 eine Konsultation zur Neuauflage des Programms „Europa für die Bürger“, mit dem u.a. Städtepartnerschaften und Programme für die Bürger gefördert werden, durchgeführt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1390&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news_intro_en.htm (Bericht englisch und französisch verfügbar)

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Programme&lang=de>

4. Letzte Rechtsakte für Europäischen Auswärtigen Dienst gebilligt

Der Rat billigte am 25.10. die Vorlagen für die Haushaltsordnung und das Personalstatut in der Form die das EP am 20.10. verabschiedet hat. Beide Texte werden nach ihrer Finalisierung in einer der kommenden Ratssitzungen ohne weitere Diskussion verabschiedet.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/117366.pdf (Council General Affairs)

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101020IPR88408> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0368+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung Haushaltsordnung)

5. Spitzenpositionen im Europäischen Auswärtigen Dienst besetzt

Die EU-Außenbeauftragte, Catherine Ashton, ernannte den Franzosen Pierre Vimont zum Geschäftsführenden Generalsekretär und den Iren David O'Sullivan zum operativen Direktor des künftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes. Stellvertretende Generalsekretärin für politische Fragen wird die Deutsche Helga Schmid, und Stellvertretender Generalsekretär für interinstitutionelle Fragen der Pole Maciej Popowski. Helga Schmid hat in München studiert. Sie war Politische Beraterin der Außenminister Kinkel und Fischer und Leiterin des Ministerbüros im Auswärtigen Amt, bevor sie 2006 in Brüssel eine Stelle als Direktorin der Strategie-planungs- und Frühwarnereinheit beim Hohen Vertreter im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union übernahm.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/117317.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1376&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/117524.pdf

6. Europa-Rede zur Idee und zur Lage Europas am 09.11. in Berlin

Die „Europa-Rede“ ist eine künftig jährlich wiederkehrende Stellungnahme der höchsten Repräsentanten Europas zur Idee und zur Lage Europas. Am 09.11. werden Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Dr. Hans-Gert Pöttering, Herman Van Rompuy und Dr. Volker Hassemer im Pergamonmuseum in Berlin sprechen.

<http://www.kas.de/wf/de/17.43681/>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Beitritt Kroatiens verzögert sich

Nach seinem Treffen mit der kroatischen Premierministerin Jadranka Kosor am 25.10. erklärte Kommissionspräsident Barroso, dass die Verhandlungen zum Erweiterungskapitel Justiz und Grundrechte besonders schwierig seien. Kroatien müsse bei der Justizreform, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, der Verfolgung von Kriegsverbrechen, dem Schutz von Minderheiten und in der Flüchtlingsfrage konkrete Ergebnisse nachweisen. Ein Abschluss der Verhandlungen im kommenden Jahr sei aber möglich. Bis zum Ende des Jahres könnten noch verschiedene Verhandlungskapitel geschlossen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/589&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Kommission für raschere Fortschritte im Beitrittsprozesse der Türkei

In einer Rede in Istanbul am 23.10. betonte Erweiterungskommissar Štefan Füle, dass ein EU-Beitritt der Türkei im strategischen Interesse beider Seiten sei. Das derzeitige Tempo des Beitrittsprozesses sei für niemanden zufrieden stellend. Die Türkei könne aber durch Normalisierung der bilateralen Beziehungen mit Zypern und Griechenland die Beitrittsverhandlungen voran bringen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/580&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. EU räumt Jordanien „fortgeschrittenen Status“ der Partnerschaft ein

Anlässlich der 9. Tagung des Assoziationsrates EU-Jordanien am 26.10. wurde im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) erstmals ein Aktionsplan verabschiedet, der einen „fortgeschrittenen Status“ der Partnerschaft vorsieht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1388&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.eeas.europa.eu/jordan/index_en.htm

4. Besorgnis über Demokratie in Ukraine

Bei der Aussprache mit dem ukrainischen Außenminister Kostyantyn Gryshchenko am 26.10. im Auswärtigen Ausschuss des EP äußerten sich die Abgeordneten besorgt über mangelnde Transparenz und Fairness bei den Kommunalwahlen am 31.10, restriktive Reformen und Mangel an Pressefreiheit. Die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton ermahnte nach ihren Gesprächen mit Gryshchenko ebenfalls einen positiven Verlauf der Kommunalwahlen. Ferner gab sie angesichts eines Urteils des ukrainischen Verfassungsgerichts der Hoffnung Ausdruck, dass die Ukraine zu einem Verfassungssystem nach westlichem Vorbild finden möge.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101025IPR90079>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/595&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Außenhandel

EU ruft zur Beseitigung protektionistischer Handelshemmnisse auf

Aus einem am 25.10. veröffentlichten Bericht der Kommission geht hervor, dass die wichtigsten Handelspartner der EU seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 über 330 handelsbeschränkende Maßnahmen eingeführt haben. Obwohl Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung zu erkennen sind, seien entgegen der Verpflichtung der G20 seither nur knapp 10 % dieser Maßnahmen wieder aufgehoben worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1373&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/october/tradoc_146796.pdf

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/market-access/>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Grünbuch zur europäischen Entwicklungspolitik

Vor dem Hintergrund des Vertrags von Lissabon sowie zahlreicher neuer Abkommen zwischen der EU und einigen Entwicklungsländern stellt die EU-Kommission am 10.11. ein Grünbuch vor, das sich mit der Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik befasst. Schwerpunkte bilden die Themenbereiche nachhaltige Entwicklung, Wirtschaftswachstum sowie Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit.

http://ec.europa.eu/development/index_en.cfm

2. Humanitäre Hilfe für Südsudan

Am 27.10. hat die Europäische Kommission ein zusätzliches Paket mit einem Volumen von 17 Mio. EUR angenommen, um vor dem für Januar 2011 erwarteten Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan die Lieferung grundlegender humanitärer Güter in Darfur, im Süden des Landes und in den Übergangszonen zu unterstützen. Damit erhöht sich die Unterstützung der Kommission für den humanitären Bedarf im Sudan auf 131 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1387&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

3. Kommission hilft nach Vulkanausbruch in Java

Die Kommission stellte am 28.10. 1.5 Mio. EUR bereit, um Opfern des Ausbruchs des Vulkans Merapi und des Tsunami in Mentawai zu helfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1445&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Verfahren gegen Deutschland wegen Diskriminierung eingestellt

Die Kommission hat am 28.10. die Verfahren gegen Deutschland wegen der unkorrekten Umsetzung zweier EU-Antidiskriminierungs-Rechtsakte eingestellt. Die Vorschriften betreffen die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Richtlinie [2000/78/EG](#)) sowie die Diskriminierung im Beschäftigungsbereich und in fast allen anderen Bereichen des täglichen Lebens aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft (Richtlinie [2000/43/EG](#)).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1429&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Arbeitslosenquote des Euroraums im September bei 10,1%

Im Euroraum (ER16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2010 bei 10,1%, gegenüber 10,0% im August. Im September 2009 hatte sie 9,8% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im September 2010 bei 9,6%, unverändert gegenüber August. Im September 2009 hatte sie 9,3% betragen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,4%) und **Österreich** (4,5%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (20,8%), Lettland (19,4% im zweiten Quartal 2010), Estland (18,6% im zweiten Quartal 2010) und Litauen (18,2% im zweiten Quartal 2010). Die höchsten Rückgänge wurden in Malta (von 7,2% auf 6,2%), **Deutschland** (von 7,6% auf 6,7%) und **Österreich** (von 5,1% auf 4,5%) beobachtet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/162&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Keine Sanktionen bei Ablehnung von illegaler Mehrarbeit

Das deutsche Arbeitsrecht sah unter Verstoß gegen die EU-Arbeitszeitrichtlinie für im Einsatzdienst der Feuerwehr tätige Beamte eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden vor. Von Amts wegen wurde ein Feuerwehrmann, der diese Arbeitszeit ablehnte auf eine gleich besoldete Stelle im Innendienst versetzt. Der Europäische Gerichtshof entschied, dass diese Versetzung unzulässig ist. Der Umstand, dass einem solchen Arbeitnehmer durch diese Umsetzung kein spezifischer Nachteil entstanden ist, sei unerheblich.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-243/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-243/09)

4. Kindergeldanspruch auch bei möglichen Ansprüchen im Ausland

Im Falle einer deutschen Mutter, deren geschiedener Mann und Vater des Kindes in der Schweiz lebt, entschied der Europäische Gerichtshof wie von Generalanwalt Ján Mazák vorgeschlagen, dass die Kindergeldzahlung nicht deshalb teilweise ausgesetzt werden darf, weil der frühere Ehegatte zwar einen Anspruch auf Familienleistungen nach den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates hat, diese faktisch aber nicht bezieht, weil er keinen entsprechenden Antrag gestellt hat.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-16/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-16/09)

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Hessischer Apfelwein geschützt

Die Kommission verlieh dem hessischen Apfelwein die Qualitätsbezeichnung geschützte geografische Angabe (g.g.A.). Hessischer Apfelwein kann damit nur noch in Hessen erzeugt werden. Weitere neue geschützte geografische Angaben sind: die polnische getrocknete und geräucherte Pflaume "Śliwka szydlowska", das polnische Brot "Obwarzanek krakowski", das französische Schweinefleisch "Porc de Franche-Comté" sowie die chinesische Teigware "Longkou Fen Si". Neue geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) sind: Der italienische Käse "Vastedda della valle del Belice" und das finnische Renfleisch "Lapin Poron kuivaliha".

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_de.htm

b) Landwirtschaft

Milcherzeugung in EU ging zurück

Obwohl durch die 2008 getroffenen Beschlüsse (Anhebung der Quoten und Änderungen des Fettkorrektursystems) die Erzeugungsmöglichkeiten für das Wirtschaftsjahr 2009/10 erheblich zugenommen haben, haben die Lieferungen nur in 10 Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich und Finnland) zugenommen. Insgesamt sind die Lieferungen sogar um 0,6 % zurückgegangen. In 11 Mitgliedstaaten (Tschechische Republik, Estland, Irland, Griechenland, Frankreich, Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien, Slowakei und Schweden) betrug der Rückgang sogar mehr als 2 %. Dänemark, die Niederlande und Zypern sind die einzigen Mitgliedstaaten, die ihre Milchquoten im Quotenjahr 2009/10 überschritten haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1454&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Fischerei

Fangquoten für Ostsee festgelegt

Am 26.10. erzielten die EU-Fischereiminister im Rat eine politische Einigung über eine Verordnung, mit der die Fangquoten (2011) für EU-Fischereifahrzeuge in der Ostsee festgesetzt werden. Die neu festgesetzten Quoten gelten für Hering, Dorsch, Scholle, Lachs und Sprotte. Die stärksten Quotenkürzungen betreffen Sprotte und Hering, wobei der Rat beim Hering im östlichen Teil der Ostsee mit seinen Quoten deutlich über die Vorschläge der Kommission hinausgegangen ist. Demgegenüber ist die Quote für Ostsee-Dorsch erhöht worden. Die Quoten verteilen sich auf die acht Ostsee-Anrainerstaaten der EU.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=530&lang=de>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/117419.pdf (Council Agri)

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Rat und Europäisches Parlament einigen sich über Hedgefondsrichtlinie

Beim Trilog am 26.10. erzielten Rat und EP eine Einigung auf der Grundlage des am 19.10. im Rat Ecofin gefundenen Kompromisses. Danach müssen die Verwalter alternativer Investmentfonds ihre Anlagestrategien gegenüber Anlegern und Aufsichtsbehörden offen legen. Ferner müssen sie ausreichend Kapital und eine sichere Verwahrung des Fondsvermögens in Depotbanken nachweisen. Ab 2013 können Fonds aus der EU einen Pass erhalten, der ihnen ein Tätigwerden in der gesamten EU ermöglicht, und ab 2015 auch Fonds aus Drittstaaten. Ab 2018 gilt nur noch der EU-Pass. Das EP setzte durch, dass Anlagegesellschaften sich zwei Jahre lang nicht aus der Substanz eines übernommenen Unternehmens bedienen dürfen. Das Plenum des EP wird am 11.11. abstimmen.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20101025IPR90066/20101025IPR90066_en.pdf

b) Steuern

Rat billigt Sonderregeln für Mehrwertsteuererhebung

Der Ecofin-Rat ermöglichte **Deutschland, Österreich** und Italien, bis 31.12.13 für die Lieferung von Mobiltelefonen und integrierten Schaltkreisen das sog. Reverse-Charge-Verfahren einzuführen. Eine entsprechende Ausnahmeregelung für Großbritannien ist verlängert worden. Die Steuerschuldnerschaft wird hierbei vom leistenden Unternehmer auf den unternehmerischen Leistungsempfänger verlagert. Damit soll Mehrwertsteuerhinterziehung, insbesondere in Form sog. „Mehrwertsteuerkarusselle“, bekämpft werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/117209.pdf

c) Wettbewerbsrecht

1. Infrastrukturbeihilfe an die deutsche Papierfabrik Propapier (BB) untersucht

Die Kommission hat ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, um zu ermitteln, ob die von Deutschland errichtete neue Abwasserbehandlungsanlage und umliegende Infrastruktur eine staatliche Beihilfe zugunsten der Papierfabrik Propapier in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) darstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Kommission nicht ausschließen, dass Propapier einen überwiegenden Nutzen aus der Infrastruktur bzw. aus Teilen daraus zieht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1397&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Joint Venture zwischen EADS und Atlas für maritime Abwehrsysteme

Die Kommission hat die Schaffung eines Gemeinschaftsunternehmens zwischen EADS Defence & Security SAS (Frankreich) und Atlas Elektronik GmbH (Deutschland) im Bereich Systeme für maritime Sicherheit und Gefahrenabwehr (Maritime Safety and Security – „MSS“) genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1449&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_5936

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Änderung des EU-Vertrags für permanenten Euro-Rettungsschirm

Wichtigste Ergebnisse des Europäischen Rats am 28./29.10. waren die Bestätigung der Vorschläge der Taskforce, wonach zunächst im Euroraum die Haushaltsaufsicht verschärft und auch für Mängel bei der Rückführung des Haushaltsdefizits unter 60%/BIP Sanktionen verhängt werden sollen. Bis zum Sommer 2011 soll eine Einigung über die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission erzielt werden. Ferner konnte sich Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Forderung nach einer Vertragsänderung durchsetzen, um eine gesetzliche Grundlage für einen ständigen Rettungsschirm für zahlungsunfähige Mitgliedstaaten, unter Beteiligung von Banken und Anlegern, dem Internationalen Währungsfonds und unter Wahrung strikter Auflagen zu schaffen. Anders wäre ein Ersatz für die 2013 auslaufenden Maßnahmen nicht möglich, da das Bundesverfassungsgericht sich gegen eine deutsche Beteiligung aussprechen könnte. Bis spätestens 2013 müsste die Vertragsänderung nach dem Willen des Europäischen Rates ratifiziert sein. Unabhängig davon wird der Stimmrechtsentzug von Mitgliedern des Eurogebiets, welche die Stabilität beeinträchtigen, geprüft.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/117499.pdf

2. Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung

In einer Mitteilung listet die Kommission 10 Kernpunkte auf: (i) „Prüfung auf Wettbewerbsfähigkeit“ neuer Rechtsvorschriften, (ii) „Eignungsprüfungen“ bestehender Rechtsvorschriften, (iii) Bessere Kreditversorgung von KMUs, (iv) Förderung der europäischen Normung, (v) Modernisierung der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie Dienstleistungen, (vi) Neue Rohstoffstrategie, (vii) Sektorspezifische Maßnahmen insbesondere im Bereich der fortgeschrittenen Fertigungstechnologien, im Baugewerbe und bei der Verwendung von Bio-Kraftstoffen im Straßen- und Schienenverkehr, (viii) Bessere Rahmenbedingungen für energieintensive Industrien, (ix) Raumfahrtspolitik zusammen mit Europäischer Weltraumorganisation und den Mitgliedstaaten und (x) Jährlicher Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1434&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/industrial-competitiveness/industrial-policy/index_de.htm

3. Gute Noten für Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland und Österreich

Nach dem Wettbewerbsbericht 2010 der Kommission liegt die Arbeitsproduktivität in Deutschland und Österreich weit über dem Durchschnitt in der EU. In beiden Ländern gibt es keine größeren Engpässe. Schwächen weist Deutschland beim Wettbewerb im Dienstleistungsbereich und beim öffentlichen Beschaffungswesen auf. Österreich müsse mehr qualifizierte Absolventen ausbilden und die Zahl der Unternehmensgründer erhöhen. Außerdem könnte der Strukturwandel von wenig wissensintensiven Industrien hin zu Hochtechnologie besser gefördert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/533&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>http://ec.europa.eu/enterprise/policies/industrial-competitiveness/competitiveness-analysis/index_en.htm

b) Energie

1. EU fordert unterirdische Lagerung von Atommüll

Nach einem Richtlinienentwurf, der von Energiekommissar Oettinger am 03.11. offiziell vorgestellt wird, werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, innerhalb von vier Jahren Pläne für ihren Umgang mit Atommüll vorzulegen und nationale Regulatoren einzusetzen. Eine Lagerung außerhalb der EU soll verboten werden. Vorgesehen ist eine Endlagerung, bei der „eine Rückholung nicht beabsichtigt ist“. International gelte eine unterirdische Lagerung als sicherste Lösung.

<http://www.euractiv.com/de/energie/eu-vorschlag-atommuell-vergraben-sei-die-sicherste-oesung-news-499217>

2. Mittel für Energieeffizienz und erneuerbare Energien umgewidmet

Der Energieausschuss des EP stimmte am 26.10. einem Abkommen mit dem Rat zu wonach 146 Mio. EUR Restmittel aus dem Konjunkturprogramm der Kommission für Projekte im Bereich Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien eingesetzt werden können.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101025IPR90074>

3. Leitlinien zu Windenergieausbau und Biodiversitätspolitik

Die Kommission hat am 29.10. Leitlinien für den Ausbau von Windenergie in geschützten Naturgebieten veröffentlicht. Diese Leitlinien gelten für das Natura-2000-Netz, das ein Eckpfeiler der Biodiversitätspolitik der EU und ein wichtiges Instrument in den Bemühungen der EU ist, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2020 zu stoppen und umzukehren. Der Windenergie kommt bei der Verwirklichung des EU-Ziels, bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch Europas von 20 % zu erreichen, eine wichtige Rolle zu, und ihr Einsatz in Natura-2000-Gebieten ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Solche Projekte müssen jedoch auf Einzelfallbasis bewertet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1450&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/guidance_en.htm

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

c) Währung und Finanzen

1. Europäischer Rat gegen starke Erhöhung des EU-Haushalts

Bei ihrem Treffen am 28./29. anerkannten die Staats- und Regierungschefs, dass der Haushaltsplan der EU und der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU sich an den Konsolidierungsbemühungen der Mitgliedstaaten orientieren müssen. Der Europäische Rat wird sich hiermit im Dezember eingehend befassen. Auf britische Initiative hatten Deutschland, Frankreich, Österreich, die Niederlande, Schweden, Finnland, Dänemark, Tschechien, Slowenien und Estland eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, wonach der EU-Haushalt 2011 nicht mehr als 2.9% über dem Haushalt von 2010 liegen dürfe. Die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Erhöhung um etwa 6% sei inakzeptabel. Bundeskanzlerin Merkel wies darauf hin, dass der deutsche Haushalt 2011 um 3% sinkt.

<http://www.number10.gov.uk/news/topstorynews/2010/10/eu-budget-rise-limited-to-2-9-56356>

<http://www.number10.gov.uk/news/statements-and-articles/2010/10/joint-statement-on-the-2011-eu-budget-56340>

http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2010/10/2010-10-29-ergebnisse-europaeischer-rat.html

2. EZB gegen Beteiligung des Privatsektors an Euro-Rettungsschirm

Nach dem Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, hat die Einbeziehung der privaten Gläubiger in Maßnahmen zur Stabilisierung von Defizitländern möglicherweise den Effekt, dass die Krise verschärft wird. Bundeskanzlerin Merkel erwiderte hierauf: „Ich glaube, wir haben etwas unterschiedliche Blickwinkel. Der Präsident der Europäischen Zentralbank hat natürlich vor allen Dingen die Sichtweise, dass er sagt, dass er alles tun möchte, damit die Märkte beruhigt auf die Eurozone blicken können. Wir sagen das natürlich auch und unterstützen ihn in diesem Bestreben. Aber wir sagen auch: Wir haben unsere Bevölkerung im Auge zu haben, die natürlich den berechtigten Wunsch hat, dass nicht immer nur der Steuerzahler für alle Risiken eintritt, sondern dass auch die Privatwirtschaft einen Anteil daran haben muss.“

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/10/2010-10-29-pk-bruessel.html>

3. Bedenken im Bundesverfassungsgericht gegen Krisenmaßnahmen der EU

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 18.10. wies Verfassungsgerichtspräsident Voßkuhle darauf hin, dass sich vor dem Hintergrund der Finanzkrise nicht zuletzt wegen der langwierigen Vertragsänderungsverfahren immer mehr die grundsätzliche Frage stelle, welche Rolle dem Rechr in Europa beigemessen werden solle. Es gehe entweder um ein Europa als politische Gemeinschaft, mit sehr großen Handlungsspielräumen für die Akteure oder um ein rechtlich verfasstes Europa, mit Integration durch Recht. Es spreche einiges dafür, zu den Verfassungsbeschwerden gegen den Euro-Rettungsschirm eine mündliche Verhandlung anzuberaumen. Diese könne im Frühjahr statt finden, wenn die zwei freien Posten im Zweiten Senat besetzt sind.

4. Ausstieg aus Staatsfinanzkrise erfordert institutionelle Reformen

In einer Rede am 27.10. bekräftigte EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark, dass die Krise der Staatsfinanzen im Euroraum noch nicht überwunden sei. Erforderlich seien eine stringenter Regulierung des Finanzsektors, eine regelgebundene Fiskalpolitik, und eine verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Die Haushaltsüberwachung müsse verbessert und durch quasi-automatische Sanktionen verstärkt werden.

Auch bei erheblichen Ungleichgewichten bei der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten sollten bindende Empfehlungen bis hin zu Sanktionen möglich sein. Die EZB sehe unmissverständlich eine Notwendigkeit für ambitionierte Lösungen. Zu überlegen sei auch, ob bei erheblichen Schieflagen staatlicher Schuldner private Gläubiger in die Haftung genommen werden können.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp101027.de.html>

5. EU für Maßnahmen gegen Finanzkrise auf internationaler Ebene

Die Bewältigung der weltweiten Finanzkrise erfordere weitere Maßnahmen auf internationaler Ebene. Der Europäische Rat erwarte daher, dass das Treffen der G20-Länder in Seoul am 11./12.11. zu Ergebnissen bei der Finanzmarktregulierung kommt. Außerdem arbeiten die Europäer darauf hin, die Regelungen zum Eigenkapital von Banken zu bestätigen, wie sie in der sogenannten Basel-III-Vereinbarung bereits niedergelegt sind.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/10/2010-10-29-pk-bruessel.html>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/117494.pdf (Gemeinsamer Brief Van Rompuy und Barroso)

6. Schuldenkriterien bei Rentenreformen überprüft

Im Europäischen Rat setzte eine Gruppe neuer Mitgliedstaaten unter Führung Polens durch, dass die Kommission bis zur nächsten Tagung dieses Rats im Dezember überprüft, inwieweit es gerechtfertigt ist, beim Übergang zur Rentenfinanzierung durch Kapitaldeckung den erhöhten staatlichen Zuschuss in der Anfangsphase nicht bei der Einleitung eines Defizitverfahrens zu berücksichtigen. Langfristig würden diese Reformen den Staatshaushalt entlasten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/117499.pdf

7. Finanzierung für KMUs verbessert

Nach der Umfrage der Europäischen Zentralbank zur Kreditgewährung für KMUs im Eurogebiet (Zeitraum März bis September) hat sich die Lage verbessert. Gegenüber der vorhergehenden Umfrage (Zeitraum Oktober 2009 bis März 2010) halbierte sich fast die Zahl derjenigen, die von schlechteren Kreditbedingungen sprachen von 42% auf 24%. Gleichzeitig sprachen 12% der KMUs von einer Verbesserung, verglichen mit 10% im vorigen Zeitraum. Bei KMUs blieb der Finanzierungsbedarf praktisch konstant, mit einer Zunahme des Kreditbedarfs bei 3% der Unternehmen, verglichen mit 16% in der vorhergehenden Periode. Bei den zum Vergleich herangezogenen großen Unternehmen stabilisierte sich der Erfolg bei Kreditanträgen auf hohem Niveau, bei deutlich verbesserter Finanzierungssituation.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr101022.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/stats/money/surveys/sme/html/index.en.html>

8. Kreditgeschäft deutscher Banken im dritten Quartal kaum verändert

Nach der Oktober-Umfrage des „Bank Lending Survey“ der Europäischen Zentralbank blieben die Kreditangebotsbedingungen deutscher Banken im 3. Quartal 2010 weitgehend unverändert. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen seien die Kreditstandards erstmals seit dem Ausbruch der Finanzkrise wieder leicht gelockert worden. Im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten seien die Standards im Bereich der Wohnungsbaukredite nahezu unverändert geblieben, während die Richtlinien für Konsumentenkredite etwas verschärft wurden. Für das kommende vierte Quartal 2010 erwarteten die Umfrageteilnehmer keine weiteren Anpassungen ihrer Kreditrichtlinien für Firmenkunden und Ausleihungen zu Konsumzwecken, jedoch etwas expansivere Standards im Bereich der privaten Wohnungsbaukredite.

<http://www.bundesbank.de/download/presse/pressenotizen/2010/20101028.banklendingsurvey.php>

http://www.bundesbank.de/volkswirtschaft/vo_veroeffentlichungen.php

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr101028.en.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Drei von vier Europäern wollen besseren Zugang zum Recht im Ausland

Wie aus einer am 25.10. veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht, sprechen sich drei von vier Europäern (73%) dafür aus, dass etwas getan wird, damit Rechtsstreitigkeiten leichter beigelegt und sie ihre Rechte in anderen EU-Mitgliedstaaten besser geltend machen können. Zeitgleich findet auch der vom Europarat ausgerufene Europäische Tag der Ziviljustiz statt, der die Menschen für das Recht auf Zugang zur Ziviljustiz sensibilisieren soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1372&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm

<https://e-justice.europa.eu/home.do?action=home&lang=de&suffix=4>

2. Mehr EU-Einsatz für Rechte der Kinder von getrennt lebenden Eltern

Der Petitionsausschuss des EP äußerte am 26.10. die Überzeugung, dass die EU sich um grenzüberschreitende Familienstreitigkeiten und den Schutz der Kinder, vor allem von getrennt lebenden Eltern, kümmern müsse. Notwendig sei die Anerkennung von Sorgerechtsentscheidungen und Besuchsrechtsregelungen, eine Fortbildung der Richter über die Verantwortung der Eltern bei grenzüberschreitender Trennung und die Förderung von Familienmediation.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101025IPR90073>

b) Inneres

1. Bemühungen um Datenschutzabkommen zwischen EU und USA

Bei einer Anhörung im Innenausschuss des EP am 25.10. bestanden die Abgeordneten auf einer Verbesserung der derzeitigen Lage. Die jetzige Lage ist nach den Worten von Justiz-Generaldirektorin Françoise Le Bail durch ein Flickwerk von transatlantischen Datenschutzabkommen gekennzeichnet welche insgesamt nicht zu einem zufrieden stellenden Ergebnis geführt hätten. Der amtierende belgische Justizminister und Ratsvorsitzende, Stefaan De Clerck fügte hinzu, dass dieses Flickwerk ein wahres Rätsel sei, welches die Arbeit von Polizei und Verwaltung, aber auch die Wahrnehmung der Bürgerrechte beeinträchtigt. Die Präsidentschaft hoffe, dass im Dezember ein Verhandlungsmandat beschlossen werden könne.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101025IPR90054>

2. Visaerleichterungen für Georgien und Taiwan

Der Innenausschuss des EP stimmte am 26.10. der Visabefreiung für Taiwan und der Visaerleichterung für Georgien sowie einem Rückübernahmeabkommen der EU mit Georgien zu. Das Plenum wird hierüber am 11.11. abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101025IPR90076>

3. Griechenland erhält Unterstützung für Kontrolle der Landgrenze zur Türkei

Koordiniert von FRONTEX, der EU-Grenzschutzagentur, werden erstmals Soforteinsatzteams entsandt. Hintergrund ist eine dramatische Zunahme von illegaler Einwanderung an einem 12.5 km langen Grenzstreifen nahe der griechischen Stadt Orestiada.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/516&format=HTML&aged=0&language=EN&language=en>

4. EP zieht Notbremse bei Schengener Informationssystem (SIS II)

Auf Antrag der Abgeordneten Monika Hohlmeier (EVP/DE, CSU) beschloss das Europäische Parlament am 21.10. die vorläufige Sperrung der für die zweite Generation des "Schengener Informationssystems" (SIS II) vorgesehenen 30 Mio. EUR. "Das Geld soll erst freigegeben werden, wenn die EU-Kommission einen realistischen Fahrplan vorlegt, wann und in welchem Umfang SIS II zum Laufen gebracht werden kann. Bisher kam es trotz Millioneninvestitionen immer wieder zu Verzögerungen, und noch immer ist nicht klar, wann das System funktionsreif ist", kritisierte Monika Hohlmeier.

<http://www.monika-hohlmeier.de/europaisches-parlament-zieht-die-notbremse-bei-sis-ii/>

5. Kommission will Stärkung der europäischen Katastrophenabwehr

Die Kommission nahm am 26.10. eine Mitteilung an, die die Stärkung der Kapazitäten der Union sowohl im Hinblick auf den Katastrophenschutz als auch in Bezug auf die humanitäre Hilfe vorsieht. Der neuen Strategie liegt eine doppelte Zielsetzung zugrunde: Während einerseits die bestehenden europäischen Abwehrkapazitäten und die Notfallressourcen der Mitgliedstaaten weiter ausgebaut werden sollen, soll andererseits ein Europäisches Notfallabwehrzentrum als neue Plattform für den Informationsaustausch und eine verstärkte Koordinierung auf EU-Ebene im Katastrophenfall eingerichtet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1381&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/commission_2010-](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/georgieva/files/themes/european_disaster_response_capacity/final%20text%20EN.pdf)

[2014/georgieva/files/themes/european_disaster_response_capacity/final%20text%20EN.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/georgieva/files/themes/european_disaster_response_capacity/final%20text%20EN.pdf)

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

VIII. Umwelt

1. Europäischer Rat bestätigt Position für Klimaverhandlungen

Der Europäische Rat billigte die Schlussfolgerungen des Rates vom 14.10. 2010 zur Vorbereitung der Konferenz von Cancún und bestätigt die Bereitschaft der EU, einen zweiten Verpflichtungszeitraum im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu prüfen, sofern die in jenen Schlussfolgerungen genannten Bedingungen erfüllt sind. Die EU wird die Lage nach der Konferenz von Cancún erneut beurteilen und dabei auch Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % prüfen; der Rat wird ersucht, im Frühjahr 2011 hierüber Bericht zu erstatten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/117499.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14957.de10.pdf> (Schlussfolgerungen Rat Umwelt 14.10.)

2. Deutschland droht Zwangsgeld wegen Bonner Abfallbeseitigungsvertrag

Die Kommission hat Deutschland am 28.10. um Informationen über die Missachtung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs zu einem Abfallbeseitigungsvertrag in Bonn ersucht. Gerügt wurde die mangelnde Ausschreibung für einen Dienstleistungsauftrag über die Entsorgung von Bio-Abfällen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1440&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/index_de.htm

IX. Verkehr

1. Mittel für Vorhaben im Bereich transeuropäischer Netze verfallen

Nach der ersten Zwischenbewertung von 92 vorrangigen Infrastrukturvorhaben im Bereich der transeuropäischen Netze, die von der Kommission im Rahmen des TEN-V-Programms für 2007-2013 mitfinanziert werden, zeigte sich, dass die Hälfte (52,2 %) fortgesetzt und bis Dezember 2013 vollendet werden. Für die übrigen Vorhaben gilt der Grundsatz „entweder Verwendung oder Aufgabe des Projekts“. Glaubwürdigen Vorhaben wird eine zweijährige Verlängerung gewährt. Gestrichen werden in **Deutschland**: 9 Mio. EUR für die Ausrüstung der Eisenbahnstrecke von Aachen Grenze bis Oberhausen mit ETCS, 1.6 Mio. EUR für die Ausrüstung von Lokomotiven der Railion Deutschland AG, 12.4 von 35.4 Mio. EUR für Studien für den Bau der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein-Neckar und 3.5 von 26.9 Mio. EUR für die Ausbaustrecke 23 Kehl-Appenweier (POS Süd), jeweils Eisenbahnstrecken..

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1391&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://tentea.ec.europa.eu/en/ten-t_projects/30_priority_projects/

2. Wichtiger Auftrag für den Start Galileos 2014 vergeben

Die Kommission hat am 26.10. die Vergabe des vierten von insgesamt sechs Aufträgen bekanntgegeben, die erforderlich sind, damit Europas globales Satellitennavigationssystem Galileo in Betrieb gehen kann. Der Auftrag wurde an die SpaceOpal GmbH – ein gemeinsames Unternehmen der deutschen DLR GfR und der italienischen Telespazio S.p.A – für den Betrieb der Infrastruktur im Weltraum und am Boden vergeben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1382&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/index_de.htm .

3. Konferenz zu sichereren LKW-Parkplätzen

Die Kommission und die belgische Ratspräsidentschaft veranstalteten am 25./26.10. eine Konferenz in Brüssel bei der über Initiativen nachgedacht wurde, um die Sicherheit von Parkplätzen zu verbessern. Hierzu gehörte auch eine Aussprache über die Ergebnisse eines EU-Projekts für ein Sicherheitslabel.

http://ec.europa.eu/transport/road/parking/parking_en.htm
<http://truckparkinglabel.eu/>

4. Fahrzeug ohne Fahrer legt 13.000 km von Italien bis Schanghai zurück

Das Versuchsfahrzeug legte die Strecke in 80 Tagen zurück. Das Experiment von Professor Alberto Broggi (Universität Parma) ist vom Europäischen Forschungsrat gefördert worden.

<http://erc.europa.eu/> <http://viac.vislab.it/>

X. Bildung, Forschung, Kultur

1. Weiterhin Schwächen bei europäischer Industrieforschung

Der von der Kommission veröffentlichte EU-Anzeiger für FuE-Investitionen der Industrie („Investment Scoreboard“) zeigt, dass die Investitionen der führenden EU-Unternehmen in Forschung und Entwicklung 2009 um 2,6 % zurückgingen (Rückgang in USA 5.1%, Rückgang weltweit 1.9%). Bei Schlüsseltechnologien wie Softwareforschung, Halbleiterentwicklung und biotechnologischer Forschung liegen die USA jedoch weiterhin deutlich vor Europa. Nur bei der Forschung zu alternativen Energien liegt Europa an der Spitze. Toyota ist mit 6,8 Mrd. EUR zum zweiten Mal in Folge der weltweit größte FuE-Investor. Unter den „Top Ten“ befinden sich drei EU-Unternehmen: Volkswagen (mit 5,8 Mrd. EUR der größte in Europa niedergelassene Investor), Nokia and Sanofi-Aventis.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1379&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://iri.jrc.ec.europa.eu/reports.htm>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/522&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Hochgeschwindigkeits-Forschungsnetz GÉANT erfolgreich

Die Kommission feiert das zehnjährige Bestehen von GÉANT, das von der EU geförderte Hochgeschwindigkeits-Forschungsnetz. Über das Netz haben 40 Millionen Forscher in 40 europäischen Ländern Zugang zu einer für die gemeinsame Nutzung enormer Datenmengen unerlässlichen Verarbeitungsleistung. GÉANT ist nach wie vor das modernste Forschungsnetz der Welt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1448&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.geant.net

3. Europäisches Kulturerbesiegel für kulturelle Schätze

Der Kulturausschuss des EP sprach sich am 27.10. einstimmig für ein Kultursiegel aus, das Denkmälern, Naturschauplätzen, archäologischen, städtischen oder kulturellen Schauplätzen, die in der europäischen Geschichte oder Kultur oder bei der europäischen Integration eine bedeutende Rolle gespielt haben, verliehen werden soll.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101025IPR90068>

XI. Sonstiges

1. Kommissionsbeamte kehren in ihre alten Schulen zurück

In der Zeit von Ende Oktober bis Anfang November kehren 400 Europabeamte in ihre alten Schulen in Estland, Irland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden zurück. Die Initiative „EU Back to School Programme“ ist 2007 unter deutscher Präsidentschaft gestartet worden. Ziel ist, Europa der Jugend besser zu vermitteln.

http://ec.europa.eu/news/eu_explained/100819_en.htm

2. Pressegespräch zur ersten Berliner "Europa-Rede"

Aus Anlass der ersten Europa-Rede vom Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy am 09.11., laden die Robert Bosch Stiftung, die Stiftung Zukunft Berlin und die Konrad-Adenauer-Stiftung am 02.11. zu einem Pressegespräch mit Dieter Berg, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung, Dr. Volker Hassemer, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin, und Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, ein. Themen des Pressegesprächs sind unter anderem: Konzept und Idee der "Europa-Rede" und aktuelle europapolitische Fragen.

<http://www.presseportal.de/meldung/1706212/mail>

3. Gesprächsrunde Deutsche Einheit – Deutschlands Beitrag für Europa

Die Gesprächsrunde 1990 – 2010, 20 Jahre Deutsche Einheit – Deutschlands Beitrag für Europa findet am 06.11. in Berlin statt. Teilnehmen werden u.a. Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Franz Fischler, ehemaliger EU-Kommissar, sowie der Europaabgeordnete Joachim Zeller (EVP/DE, CDU). 20 Jahre Deutsche Einheit sind der Anlass, die europäische Dimension dieses historischen Ereignisses zu diskutieren. Dabei werden u.a. folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: Wie hat die europäische Integration zur Wiedererlangung der Deutschen Einheit beigetragen? Welche Veränderungen und Kontinuitäten kennzeichnen die deutsche Europapolitik seit 1990? Welche Rolle soll bzw. kann Deutschland in der EU in Zukunft spielen?

<http://www.kas.de/akademie/de/events/43673/>